



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 38. Ratssitzung vom 8. Februar 2023

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/252 und 2022/254

1391. 2022/252

Postulat von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 15.06.2022:

Suspendierung der Städtepartnerschaft mit Kunming bis zur Wahl einer demokratischen, friedliebenden Regierung in China

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/252 und 2022/254.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2022/252 (vergleiche Beschluss-Nr. 232/2022): Wir sprachen vor zwei Jahren über ein ähnliches Postulat. Betreffend die Städtepartnerschaft heisst es im Postulat «suspendiert» und nicht «abgebrochen». Es ist klar, dass sich das Postulat gegen das in Peking herrschende totalitäre Regime richtet und sicherlich nicht gegen die chinesische Kultur oder das chinesische Volk. Die Missstände schreiten weiter fort; sei dies in Hongkong, Tibet oder bei der Unterdrückung der Uiguren. Die Städtepartnerschaft besteht seit 40 Jahren. Indem man diese Partnerschaft suspendiert, und nicht aufhebt, sendet man ein Symbol. Der Stadtrat sagt, dass man in Ökologiefragen mit gutem Beispiel vorangehen muss – er widerspricht sich hier selbst. Wir reichten den Vorstoss ein, weil wir Peking nie getraut haben. Ich sah kommen, was eingetroffen ist: der Angriffskrieg von Moskau auf die Ukraine. Peking winkt diesen Angriff einfach durch und macht gemeinsame Sache mit Kriegsverbrechern. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Ein Indiz war bereits, dass mit der Invasion bis vier Tage nach den Olympischen Spielen zugewartet wurde. Man kann davon ausgehen, dass das mit Peking abgesprochen war. Das hat Putin einiges gekostet und in der Zwischenzeit ist die Invasionstruppe im Schlamm steckengeblieben. Das war der Misserfolg des ersten Angriffs. Was macht Peking weiter? Es übernimmt Öl von Russland, unterläuft die westlichen Sanktionen und finanziert damit den Angriffskrieg – Peking finanziert Kriegsverbrecher. Mit einem solchen Land sollen wir eine Städtepartnerschaft haben? Wenn Peking etwas demokratischer wäre und einen Gerechtigkeitssinn hätte, würde es Verantwortung übernehmen und keinen Krieg unterstützen. Wir wissen aus den Politikwissenschaften, dass Demokratien nie Angriffskriege führen. Autoritäre und autokratische Regierungen hingegen schon. Ein demokratisches System in Peking wäre durchaus ein Beitrag zur Friedenssicherung. Wir können einen kleinen symbolischen Beitrag leisten – das ist mehr als nichts. Der Stadtrat setzt sich auf den Standpunkt, dass man sich nicht in innere Angelegenheiten einmischen darf. Da hat er recht, aber man kann ein Zeichen setzen. Der Stadtrat gab zu, dass die Städtepartnerschaft während der Covid-Krise praktisch zum Erliegen kam. Warum wird sie dann nicht sistiert? Setzen Sie ein Zeichen für Menschenrechte und gegen Kriegsverbrechen.



Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Die Städtepartnerschaft zwischen Zürich und Kunming besteht seit 40 Jahren und ist damit die älteste Partnerschaft einer chinesischen mit einer ausländischen Stadt. Im Rahmen der Partnerschaft leisteten wir – mit einer substanziellen finanziellen und ideellen Unterstützung des Bundes – in den vergangenen Jahren wertvolle Beiträge zu einer klimafreundlicheren Stadtentwicklung. Der Stadtrat verfolgt die innen- und aussenpolitischen Entwicklungen mit einem kritischen Blick und verurteilt die Menschenrechtsverletzungen – wie die Zwangsmassnahmen gegen Uigurinnen und Uiguren, die Beschneidungen der freien Meinungsäusserung in Hong Kong oder die Einschränkung der kulturellen und religiösen Freiheit in Tibet – in aller Deutlichkeit. Es muss aber zwischen einer langjährigen Kooperation zwischen zwei Städten, also zwei kommunalen Körperschaften, und der nationalen, vom Zentralstaat gesteuerten Politik unterschieden werden. China ist ein zentralistisch geführter Staat; die Menschenrechtspolitik wird von der nationalen Zentralregierung in China definiert, umgesetzt und verantwortet. Die lokalen Behörden haben da keinen Einfluss. Das müssen wir bei den Überlegungen zur Städtepartnerschaft mitberücksichtigen. Mit einer Suspendierung der Städtepartnerschaft würde keine Verbesserung der Menschenrechtssituation in China erreicht. Es hätte auch keinerlei Einfluss auf die schlimme Situation von Uigurinnen und Uiguren oder die von Menschen in Hong Kong oder Tibet. Eine solche Suspendierung würde vielmehr eine wertvolle Brücke womöglich dauerhaft abbrechen – eine Brücke, die aufgrund langjähriger persönlicher Kontakte aufgebaut werden konnte. Im Vergleich zu anderen Städtepartnerschaften mit chinesischen Städten ist die Verbindung einzigartig. Sie ermöglicht es uns, gemeinsam Lösungen zu globalen Herausforderungen wie CO₂-Reduktion oder nachhaltige Stadtentwicklung anzustreben – auch zum Nutzen der lokalen Bevölkerung. China ist und bleibt gerade in der Klimapolitik einer der wichtigsten Akteure weltweit. Stadtkooperationen können in diesem Bereich konkrete Beiträge leisten. Weil der Stadtrat die problematischen innen- und aussenpolitischen Entwicklungen in China in seine Überlegungen einbezieht, ist die Städtepartnerschaft seit einer Weile inaktiv. Der Stadtrat erachtet es aber als richtig, die Städtepartnerschaft mit Kunming weiterhin, wenn auch im inaktiven Zustand, aufrecht zu erhalten. Wir möchten keinen Bruch mit Kunming. Es ist eine aussergewöhnliche Partnerschaft, die über 40 Jahre wuchs.*

Samuel Balsiger (SVP) *nimmt Stellung zur Interpellation GR Nr. 2022/254: Wir müssen wissen, worüber wir sprechen. Medienberichte halten fest, dass in sogenannten Fortbildungseinrichtungen eine bis zwei Millionen Uiguren festgehalten werden; weil sie Muslime sind und anscheinend die Einheit des chinesischen Staates gefährden. Es herrschen schreckliche Zustände: Es gibt Vergewaltigungen, Folter, ständige politische Indoktrinierung; chinesische Wachleute setzen Tränengas und Taser ein und schlagen mit Knüppeln, die mit Nägeln versehenen sind, auf die Menschen ein. Unzählige Fotos belegen diese Grausamkeiten. Ich finde es zynisch, wenn die Stadtpräsidentin dann von wertvollen Beiträgen im Klimaschutz spricht. Scheinbar ist der Klimaschutz wichtiger als das Wohl der Menschen – die Ideologie ist wichtiger als das Menschenleben der Uiguren. Im Tages-Anzeiger stand bereits 2018: «Die Arbeitslager werden wieder benutzt. Eine Umerziehungsanstalt in Kunming.» Weshalb kann eine lokale politische Verantwortlichkeit keinen Einfluss nehmen, wenn in Kunming Umerziehungslager stehen? Hier wird*



Verantwortung abgeschoben, wo es immer heisst, dass man Zeichen setzen muss. Die gesamte Schweiz ist für 0,1 Prozent des weltweiten CO₂-Austosses verantwortlich. Bei den Klimaschutzmassnahmen will man Zeichen setzen, die die Stadt 12 Milliarden Franken kosten, ohne dass sie nachweislich einen Einfluss auf das Weltklima hätten. Sie entlarven sich und Ihre Klimapolitik, wenn Sie Ihre Klimapolitik für wichtiger als Menschenleben befinden. Das Leid der Menschen ist scheinbar keiner Aufregung wert. Das Weltklima, auf das wir null Einfluss nehmen können, weil die Schweiz ein Promille des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortet, bringt Sie aber in helle Aufregung. Es ist bezeichnend, dass heute an der Europaallee drei Dragqueens angegriffen wurden und dies in keiner Fraktionserklärung thematisiert wird. Der Vorfall beim Tanzhaus, bei dem keine Gewalt angewendet wurde, brachte Sie aber in Aufruhr. Ihre Prioritäten sind entlarvend. In den Antworten wird betont, wie bedeutend die Städtepartnerschaft sei und welche grosse Anerkennung sie erfahre. Weshalb können Sie nicht ansprechen, dass eins bis zwei Millionen Menschen ohne Rechte eingesperrt, vergewaltigt und misshandelt werden? Ich finde das zynisch, menschenverachtend und entlarvend.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): *Ich finde es schlimm, dass die SVP uns vorwirft, dass Angriffe auf queere Menschen oder Dragqueens unsere Schuld seien. Das ist nicht nur absurd, sondern auch falsch. Ihre Partei ist massgeblich mitverantwortlich dafür, dass die Gewalt gegen queere und marginalisierte Menschen in unserem Land enorm zugenommen hat. Die SVP spielt sich als Moralapostel einer angeblichen Zürich-Chinapolitik auf, während Sie aktiv jede Möglichkeit nutzt, um in China Geld zu verdienen. Die SVP war wenig überraschend für das Freihandelsabkommen mit China und gegen die Lex China. Die Familie Blocher besitzt mehrere Fabriken in China und Christoph Blocher hat mehrmals öffentlich gesagt, dass man dort gute Geschäfte machen kann. Die Beziehung der SVP mit China geht aber weiter als reine Geschäftsbeziehungen; auch mit dem Staat, den Sie gerade noch verschrien haben, scheinen Sie nicht ganz so viele Probleme zu haben. So ermöglichte das SVP-Stammbblatt «Weltwoche» mit Chefredaktor Roger Köppel dem chinesischen Botschafter eine Kolumne, um ungefiltert Regimepropaganda zu veröffentlichen, und hat damit noch Geld verdient. Die SVP hat einen besseren Hebel, um in der Chinapolitik etwas zu verändern; sie muss nur an die «Goldküste» gehen und mit Ihren Kollegen reden. Wenn es der SVP um Menschenrechte ginge, müsste sie auch die Aufkündigung der Partnerschaft mit San Francisco fordern. Die USA, und nicht China, bombardiert seit Jahrzehnten den Nahen Osten und andere Teile des globalen Südens und bringt hunderttausende Menschen um und schlägt Millionen Menschen in die Flucht. Es ist die USA, die 25 Prozent der globalen Gefängnisinsassen und -insassinnen hat und in Guantanamo Menschen während Jahrzehnten ohne rechtliche Verfahren einsperrt. Diese Aufkündigung wird aber nicht gefordert. Die SVP versucht mit diesem Postulat eine rote Angst zu schaffen, während sie sonst gerne Menschenrechtsverletzungen ignoriert und Geschäfte mit China macht. Zudem zeigen die Antworten des Stadtrats, dass man gegenseitig lernen konnte und die Partnerschaft defacto bereits sistiert ist.*

Maya Kägi Götz (SP): *Städtepartnerschaften wirken auf kommunaler Ebene und fokussieren auf urbane Herausforderungen, den Austausch und Wissenstransfer zwischen*



grösseren und kleineren Kommunen. Es ist unbestritten, dass eine Partnerschaft mit einer Stadt in einem menschenverachtenden Regime problematisch ist. Der richtige Adressat für allfällige Äusserungen und Anliegen der Stadt Zürich betreffend der Menschenrechtssituation in China ist das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), das die Interessen der Schweiz in Peking vertritt. Wir konnten zur Kenntnis nehmen, dass es seit dem Jahr 2019 keine Aktivitäten mehr im Rahmen der Städtepartnerschaft gibt. Sie ist inaktiv und das wird sich so schnell nicht ändern. Das macht die Forderung nach einer formalen Suspendierung irgendwie obsolet. Es ist selbstverständlich richtig und wichtig, die Städtepartnerschaft regelmässig neu einzuschätzen und zu diskutieren. Eine Aussetzung zu fordern, bis in Peking eine demokratische Regierung gewählt ist, halte ich nicht nur für schräg, sondern für zynisch. Es ist hingegen angebracht, eine Wiederaufnahme von künftigen Aktivitäten in dieser Partnerschaft an Erwartungen an eine grundlegende Verbesserung der Situation zu knüpfen. Auch wenn die Partnerschaft auf kleinem Flämmchen köchelt, beziehungsweise schon fast auf Eis gelegt ist, halten wir es aktuell nicht für angezeigt, die bestehende Brücke durch eine Suspendierung aktiv zu unterbrechen. Die SP lehnt den Vorstoss ab. Wir sollten aber im Dialog bleiben – in Zürich untereinander, mit dem EDA und der Welt.

David Ondraschek (Die Mitte): Ich habe Verständnis dafür, dass die SVP Menschenrechtsverletzungen moniert. Umso wichtiger ist es, dass der Stadtrat und der Gemeinderat die Städtepartnerschaft in den richtigen Kontext und in den richtigen Fokus setzen. Der Kontext ist die internationale Partnerschaft zweier Städte – Zürich und Kunming. Der Fokus lag auf der Trinkwasserversorgung und der Abwasserreinigung. Aktuell geht es vor allem um den Fachaustausch zu konkreten Projekten einer nachhaltigen Stadtentwicklung. In diesem Kontext ist die Partnerschaft zu sehen und von Seiten Stadtrat und Gemeinderat darzustellen. Die SVP stellt sich die Frage, ob Zürich den Fokus um das Thema der Menschenrechte erweitern sollte, da wir diesbezüglich im Moment keine Partnerschaft mit Kunming pflegen. Im zentralistisch geführten China könnte das blosses Gespräch über Menschenrechtsverletzungen eine akute Gefahr für unsere Gesprächspartner in China zur Folge haben. Es fragt sich, ob wir nicht moralisch verpflichtet sind, dies in unsere Erwägungen miteinzubeziehen. Sollten wir die Menschenrechtsverletzungen ansprechen und eine potenzielle Gefahr verursachen oder schweigen und den Fokus beibehalten? Diese Frage könnte als Problem betrachtet werden, was sie aber nicht ist. Es handelt sich um ein klassisches Dilemma und kann nur mit einem Perspektivenwechsel überwunden werden. Aus kommunaler Perspektive gilt es unserer Meinung nach den Fokus beizubehalten. Stellung zu beziehen, gilt es auf nationaler Ebene und aus nationaler Perspektive. In diesem Sinn lehnt die Mitte/EVP-Fraktion das Postulat ab.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Dass die Partnerschaft im Moment ruht, ist das kein Argument dafür, dass es keine Suspendierung braucht. Das Ruhen ist kein Symbol und wir brauchen ein Symbol gegen die Menschenrechtsverletzungen. Zu den Angriffen auf Exponenten der SVP nehme ich keine Stellung. Es wurde auch ins Feld geführt, man habe in der Stadt Kunming bereits Erfolge mit der CO₂-Reduktion erreicht. Selbst wenn das stimmt; was ist das im Vergleich zu den 50 Kohlekraftwerken, die China in Betrieb nimmt? Halten Sie sich diese Proportionen vor Augen, dann sehen Sie, wie die Argumente in sich zusammenfallen. Die Rede von STP Corine Mauch zeigt, dass sie auch



5 / 6

nach Pekings Durchwinken der Angriffe auf die Ukraine nichts gelernt hat. Ich frage mich, ob sie das gleiche Referat hält, wenn China Taiwan angreift.

Samuel Balsiger (SVP): *Alles soll kontextualisiert werden. Im Stadthaus gibt es im Moment eine Ausstellung zu Sklaverei und Kolonialismus. Auch dort möchten Sie der Schweizer Bevölkerung ein Schuldgefühl einreden und verlangen eine Kontextualisierung. Wenn Sie aber eine aktuelle Unterdrückung mitbekommen und beweisen können, dass ein bis zwei Millionen Uiguren ohne Rechtsmittelverfahren eingesperrt, misshandelt und mit Knüppeln geschlagen werden, hält es niemand ausser der SVP für redewürdig. Sie regen sich über die SVP und wirtschaftliche Beziehungen auf, aber niemand spricht über die Schweinerei, dass eins bis zwei Millionen Menschen, nur weil sie Muslime sind, eingesperrt und ihnen die Rechte genommen werden. Kein einziger von Ihnen hat das in seinem Votum bemängelt. Sie sind nach dieser Diskussion moralisch abgewirtschaftet und haben bei keiner Diskussion mehr das Recht, den moralischen Zeigefinger zu heben. Sie sind mit der Städtepartnerschaft an einem politischen System beteiligt, heben Kunming auf ein Podest und werten das System von China auf. Niemand erachtete es für notwendig, Kritik daran zu äussern, dass eins bis zwei Millionen Menschen eingesperrt werden, weil sie Muslime sind. Man spricht von einem kulturellen Genozid. Sie machen immer ein Theater bei alten, weissen Männern – wenn aber ein Genozid stattfindet, halten Sie es nicht für notwendig, ein Wort des Bedauerns zu äussern.*

Das Postulat wird mit 14 gegen 92 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**1392. 2022/254
Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) vom 15.06.2022:**

Unterdrückung von Uiguren in China und Städtepartnerschaft mit Kunming, Thematisierung der Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Partnerschaft und erreichte Fortschritte durch die Städtepartnerschaft

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/252, Beschluss-Nr. 1390/2023.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1610 vom 14. Dezember 2022).

Samuel Balsiger (SVP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat